

Simburger Anzeiger

Ingleich amtliches Preisblatt für den Kreis Limburg und für die in der neutralen Zone liegenden, von ihren Preishauptstädten abgeschnittenen Ortschaften der Kreise Unterlahn, Untertannus, Rheingau und St. Goarshausen.

Erscheinungsweise: täglich (mit Wochentagen).
Bezugspreis: vierteljährlich 4.95 M. ohne Postbefreiung.
Telefon Nr. 82. — Postfachkonto 24015 Frankfurt a. M.

(Simburger Zeitung) Begr. 1838 (Simburger Tageblatt)
Verantwortlicher Redakteur Hans Antbes,
Druck und Verlag der Firma Schindler Verlag und Buchdruckerei
in Limburg a. d. Lahn.

Anzeigenpreis: die 6gespaltene 3-Millimeterzeile oder deren
Raum 40 Pfg. Die 91 mm breite Reklamezeile 1.20 M.
Anzeigenannahme bis 4 Uhr nachmittags des Vortages.

Nummer 25

Limburg, Dienstag den 3. Februar 1920

83. Jahrgang

Die Zeitungsverbote.

Als eine der sichtbarsten Folgen der erneuten Verhängung des Belagerungszustandes sind die verschiedenlich ergangenen Zeitungsverbote anzusehen, die in der Öffentlichkeit auch die entsprechende Beachtung gefunden haben. Sie haben auch vielfachen Widerspruch hervorgerufen und als erste erschienen bemerkenswerter Weise die Zeitungsverleger auf dem Plan. Nicht mit Unrecht wurde hervorgehoben, daß die darin zum Ausdruck gekommene Beschränkung der Pressefreiheit sich mit der neuen Demokratie schlecht vereinigen lasse, und daß diese Verbote unter allen Umständen eine sehr wenig erziehlige und ungewöhnliche Maßnahmen darstellten. Wir werden später darauf zurückkommen, daß auch die Situation, in der die Regierung sich zu diesem Schritt entschloß, höchst ungewöhnlich ist und möchten zunächst darauf hinweisen, daß in Zukunft neue Verbote nur mit einer Begründung auf eine bestimmte Zeit ergehen werden. In dem Teil der Presse, die besonders lebhaft für die Aufhebung dieser Verbote eintritt, wird darüber Klage geführt, daß so ziemlich alle unabhängigen und kommunisistischen Blätter zurzeit am Erscheinen verhindert werden, und man fordert mit der Parole „Die Zensur auf“ die Regierung in dringender Weise zu einer Abkehr von ihrer Politik auf. Bei der allgemeinen Bedeutung, die diese Frage nun unzweifelhaft hat, ist es daher vielleicht angebracht, sich einmal an die Stelle der Regierung zu versetzen, die schon allein nach ihrer Zusammenfassung sicherlich nur sehr ungern zu dieser Zwangsmaßregel gezwungen ist. Wie die Mehrheit des deutschen Volkes urteilen dürfte, geht in deutlicher Weise aus einer ausführlichen Debatte hervor, die am Donnerstag in der Berliner Stadtverordnetenversammlung über diese Frage stattgefunden hat, und in der klipp und klar die Haltung der Regierung verteidigt wurde, insofern die Verbote einen Ausfluß des bestehenden Belagerungszustandes darstellen. Es wurde von den verschiedenen Rednern ausgeführt, daß es Ursache mit Wirkung verwechselt hieße, wenn man sich ausschließlich gegen die Regierung wende, und von mehrheitssozialistischer Seite wurde nicht unzutreffend hinzugefügt, daß die Unabhängigen, wenn ihre Regierung kommen würde, sicherlich noch viel rücksichtsloser vorgehen dürften. Die Regierung habe die Pflicht, für Ruhe und Ordnung im Lande zu sorgen. Dasa beruht im Kernpunkt des Problems: die Unabhängigen bekämpfen den Staat mit dem Ziele des Sturzes der Regierung und die Regierung muß sich im Interesse des Ganzen dagegen zur Wehr setzen. Wenn jetzt im Ruhrgebiet die Behörden schließlich zu einem Verbot der dauernden Betriebsversammlungen geschritten sind, so ist auch das nur die unerwünschte aber unvermeidliche Konsequenz einer bedenkenlosen Agitation der äußersten Linken. Und darum kommt man zu dem Schluss, den auch ein führender demokratischer Berliner Stadtverordneter sich zu eigen gemacht hat: Wenn der Belagerungszustand und die Zeitungsverbote aufgehoben werden sollen, dann müssen die unabhängigen und kommunisistischen Agitatoren ihrerseits den ersten Schritt dazu tun und seine Ursachen und Gründe aus der Welt schaffen.

Jugendliche Selbstüberschätzung.

Die Tat des Fährtrichs Oltwig v. Hirschfeld hat erneut die Aufmerksamkeit auf die Zustände in der heranwachsenden Jugend gelenkt, besonders auf jene Jugend, die sich so überaus „deutschnational“ gebärdet und die auf den Hochschulen ihr Wesen oder besser ihr Unwesen treibt. Die jungen Herren mit Band und bunter Mäße erachten es heute als ihre Hauptaufgabe, möglichst reaktionär zu tun und zu reden, sich möglichst mornadistisch und militärisch und außerdem natürlich auch antisemitisch zu gebären. Alle übrigen Auswüchse des Verbindungsstudententums sind wieder zu Ehren gekommen, selbst solche, die vor dem Kriege schon in der Versenkung verschwunden waren, weil sie eben zu haltlos geworden waren. Und dabei tun sich gerade heute diejenigen am meisten hervor, die einstmal in dem Kampfe um Deutschlands Einheit Träger des Fortschritts waren: die deutschen Burschenschaften. Es ist nicht zu leugnen, daß die deutschen Burschenschaften die Aufgabe in sich fühlen, die Kräfte an reaktionärer Gesinnung zu übertreffen, da sie sie an äußerer Bornehmtheit nicht überbügeln können. Das schlimmste Kennzeichen für unsere Jugend ist aber ohne Zweifel der Antisemitismus in seiner geistlosen Art. Die Hannoverische Tierärztliche und Technische Hochschule hat vor kurzem eine Entschließung angenommen, wonach den Juden in den Studentenausschüssen eine Vertretung nicht gewährt werden soll. Andere Hochschulen haben sich diesem Beispiel angeschlossen, und der Studentenausschuss der Technischen Hochschule in Karlsruhe hat es sogar fertig gebracht, an einen nach dort berufenen Professor, den Direktor Mayer in Berlin, ein Schreiben zu senden, in dem zum Ausdruck gebracht wird, daß sein Erscheinen in Karlsruhe deshalb unerwünscht sei, weil er Semit wäre. Jetzt, nachdem die Hochschule den Ausschuss auf das Ungehörige seines Verhaltens hingewiesen hat, drohen die jungen Herren mit dem — Streik. Höher gehts nimmer. Was ist das für eine Wirtschaft, wenn junge antreife Burschen heute eine derartige Sprache im Munde führen, wenn sie in den Hörsälen gegen jeden ihnen mißliebigen Professor randallieren, wie es neulich z. B. gegen den Professor Weber in München geschah. Diese jungen Studenten, die in der Mehrzahl politische Säuglinge sind, scheinen der Ansicht zu sein, daß die Demokratie ihnen den Freidrief für alle möglichen Ungehörigkeiten und Ausschreitungen ausstellt. Es wird höchste Zeit, daß der Kultusminister, soweit es sich um Preußen handelt, ein deutliches Wort an die Adresse der Studenten richtet. Sollten die Unbarmherzigkeiten weiter andauern, so sollte man auch vor den schärfsten Mitteln nicht zurückweichen.

Der Reichswirtschaftsrat.

Berlin, 1. Februar. Am 5. Februar tritt, worauf bereits früher hingewiesen wurde, der volkswirtschaftliche Ausschuss der Nationalversammlung zur Beratung des Entwurfs zu dem vorbereitenden Reichswirtschaftsrat zusammen. Nach der dem Entwurf beigefügten Begründung, wird der „Germania“ zufolge der vorbereitende Reichswirtschaftsrat die Aufgabe haben, bis zur Errichtung des endgültigen Reichswirtschaftsrats begutachtend bei der Gesetzgebung über grundlegende wirtschaftliche Fragen mitzuwirken. Zu seinen wichtigsten Aufgaben wird zunächst gehören, die „Mitwirkung bei der Gesetzgebung, die den Ausbau der neuen Wirtschaftsverfassung durch Schaffung von Arbeiterräten, Unternehmervertretungen und der beiden zusammenfassenden Wirtschaftsräte betrifft. Außerdem soll er durch seinen sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Ausschuss bei dem Zustandekommen derjenigen wirtschafts- und sozialpolitischen Unternehmungen mitwirken, für die in der Übergangszeit gemäß den hierfür gegebenen Vollmachten das verlässliche oder vereinfachte Gesetzgebungsverfahren zugelassen ist. Wegen der Zusammenfassung des Reichswirtschaftsrats nach den einzelnen Berufsgruppen weist die Denkschrift darauf hin, daß bei der besonderen Art der Aufgabe des vorbereitenden Reichswirtschaftsrats vor allem darauf gesorgt werden muß, daß das Schwergewicht der Arbeit in die Volkswirtschaft und nicht in die Ausschüsse gelegt wird. Will man diesem Grundsatze Rechnung tragen, so darf der vorbereitende Reichswirtschaftsrat nicht zu umfangreich sein. Die Denkschrift bezeichnet daher die in Aussicht genommene Zahl von 2000 Mitgliedern als die äußerste Grenze des Möglichen. Ueber die Verteilung der Sitze werden in der dem Reichsrat zugegangenen Erläuterung folgende Ziffern genannt: für die Land- und Forstwirtschaft 46 Mitglieder, für die Industrie 46, Handel, Banken und Versicherungsweisen 30, für Verkehr und häusliche Betriebe 14, für das Handwerk 10, für die Verbraucherschaft 20, für die Beamtenchaft 12. Zehn Mitglieder sollen vom Reichsrat, 12 von der Reichsregierung ernannt werden.

Wissel über planmäßige Wirtschaft.

München, 30. Jan. Reichswirtschaftsminister a. D. Wissel sprach vor einer größeren Zuhörerschaft am Mittwochabend im Auditorium Maximum der bayerischen Universität über planmäßige Wirtschaft. Wissel bezeichnete die jetzige Lage als nur auf Genusmittel und Luxuswaren erstreckende Einfuhr als den eintatigen Beweis für die falsche Art der jetzigen Wirtschaft. Im Gegensatz dazu benötigen wir dringend Nahrungsmittel, Kleidung und dergleichen. Zu diesen Mängeln kommt auch noch die Arbeitslosigkeit. Ferner trägt zu unserer Notlage der durch den Friedensvertrag bedingte Verlust bei, wodurch uns ausgedehnte Flächen landwirtschaftlicher Kultur und Ernte, Rohstoffe usw. verloren gehen. Zu diesen Schwierigkeiten gesellen sich dann noch die Materialabgaben an die Entente an Eisenbahnwagen, Lokomotiven, Schiffsmaterial usw. Wissel gab der Meinung Ausdruck, daß wir zur planmäßigen Wirtschaft kommen müssen. Wissel entwickelte auch seine Ansichten über die Betriebs- bzw. Arbeiterfrage, indem er sagte: „Die gesamte Wirtschaft muß auf allgemeine, nicht auf individuelle Interessen eingestellt werden. In den zusammengefaßten Wirtschaftsvorständen sollen zwar auch Arbeiter in leitenden Stellen hinein, doch nicht gleich als selbstständig disponierend, sondern erst zur Förderung der persönlichen Sachkenntnis, zur persönlichen Verantwortung von leitenden Personen und zu Aufklärungszwecken für die breite Masse. Wenn das Ausland planmäßiges und angeordnetes Arbeiten im Innern erkennt, wenn es schließliche Anstrengung in unserem Wirtschaftsleben sehen wird werden wir aus dem Notstand herauskommen und Vertrauen und somit Kredite erhalten.“

Die Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung.

Berlin, 31. Jan. Die vom Landwirtschaftsminister in seiner Rede am Dienstag erwähnten Vorschläge der von ihm beim preussischen Landwirtschaftsministerium eingesetzten Kommission zur Erzeugungsförderung bewegen sich auf nachstehenden Richtlinien: Sobald die Ernte 1920 für den Verbrauch verfügbar wird, werden alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse mit Ausnahme von Getreide und Milch freigegeben. Für die Milch müssen erhöhte Preise bewilligt werden. Der Bedarf der Erzeuger darf nicht beschränkt bleiben. Die vollkommene Befreiung der Kartoffeln von der Zwangswirtschaft ist weit aus das sicherste Mittel für die dringend notwendige Besserung der Kartoffelerzeugung. Das ganze Gebiet der Landwirtschaft soll im Jahre 1920 freigegeben werden. Die von der Landwirtschaft zu fordernden Getreidemengen werden durch eine Umlage aufgebracht. Auszugehen ist von der Friedensandauflage und Ernte unter Berücksichtigung der durchschnittlich eingetretene Erntevermindierungen. Auf dieser Grundlage sind die in Provinzen und Ländern aufzubringenden Getreidemengen festzusetzen. Bleiben die Ablieferungen hinter den festgesetzten Mengen zurück, so werden sie auf Kosten der Verpflichteten beschafft. Der Preis für das im Wege der Umlage aufzubringende Getreide muß so hoch sein, daß die Erzeugungskosten auch unter ungünstigsten Verhältnissen gedeckt werden, und noch ein angemessener Gewinn verbleibt. Die Umlage muß den notwendigen Brot- und Mehlbedarf der versorgungsberechtigten Bevölkerung decken. Hierzu sind 80 Prozent der gegenwärtigen Ration, d. h. 208 Gramm Mehl aus dem Verordnungsstock erforderlich. Bei 31 prozentiger Ausmahlung des Getreides beträgt der Bedarf für die versorgungsberechtigte Bevölkerung 5,4 Millionen Tonnen Getreide. Ueber die der Landwirtschaft frei verfügbare Getreidemenge von etwa 2,7 Millionen Tonnen darf der Landwirt frei verfügen.

Die Getreideablieferungen.

München, 1. Febr. Die kritische Lage der Getreideversorgung in Bayern wird dadurch gekennzeichnet, daß in der Zeit vom 23. Juli bis 15. Januar die Ablieferung an Brotgetreide nur 752 581 Doppelzentner betrug gegen 1 585 520 Doppelzentner in der gleichen Vorjahreszeit.

Wiedereröffnung aller Eisenbahnwerkstätten.

Wie aus Berlin berichtet wird, melden sich nach den bisher vorliegenden amtlichen Berichten in allen Eisenbahnwerkstätten, die durch den Erlaß des preussischen Eisenbahnministers geschlossen worden waren, zu den neuen Bedingungen Arbeitskräfte in so großer Zahl, daß sämtliche Betriebe in kürzester Zeit die Arbeit wieder voll aufnehmen werden.

Förderung der Bautätigkeit.

Ein Erlaß des Ministeriums für Volkswirtschaft gibt Hinweise für die Vorbereitungen zum Kleinhausebau. Ueber die in Frage kommenden Baukosten wird gesagt, daß Ziegel und Holz vorläufig in nur sehr geringer Menge zur Verfügung gestellt werden können, und daß sich aus diesem Grund für ländliche und Vorstadthäuser der Lehmhausbau empfiehlt. Diese und jede andere wenig Rohle erheischende Bauweise soll vom Reich und von dem Staat in entgegenkommender Weise durch die Gewährung von Krediten unterstützt werden. Ein Verbot des Ministeriums unterscheidet über die verschiedenen Verfahren beim Lehmhausbau und bekämpft die Vorurteile und Einwände gegen diese Bauweise.

Mieterbestrebungen.

Etwa 150 Delegierte preussischer Mietervereine trafen gestern in Berlin zu einem Kongress zusammen, der die strikte Durchsetzung der Höchstgrenzenverordnung für Mieten fordert und „et die Einführung eines gesetzlich übertragbaren Vorlaufsrechtes für die Mieter eintreten soll. Ferner schloßen die Mieterverbände die der Mieterchaft von der Regierung zugewilligte Vertretung im Reichswirtschaftsrat durch einen Vertreter für unbefriedigend und forderten für die Mieterchaft mindestens fünf Sitze im Reichswirtschaftsrat.

Teiltreits im Bergbau.

Dresden, 31. Jan. Heute sind die Bergleute im Lausitzer Steinkohlenbezirk teilweise in den Streik getreten. Sie verlangten 100 Prozent Lohnerhöhung, obgleich ihr Tarif noch bis Ende März Gültigkeit hat. — In den sächsischen Steinkohlengebieten fordern die kommunisistischen Bergleute die Fünftundenschieft; eine Bewilligung der verlangten Sechstundenschieft würde also Ruhe und Ordnung keineswegs verbürgen.

Ansiedlung von Bergarbeitern im Ruhrrevier.

Berlin, 31. Jan. Die Ansiedlung von Bergarbeitern im Ruhrkohlenbezirk über den gegenwärtigen Stand hinaus bezweckt ein Entwurf, der der Preussischen Landesversammlung zugegangen ist. Es ist beabsichtigt, die Kohlenförderung durch die Ansiedlung von 150 000 weiteren Bergarbeitern zu erhöhen und für 600 000 Menschen Kleinsiedlungen im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier zu schaffen. Die Arbeiten dieses Unternehmens werden einem besonderen „Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk“ übertragen, der eine staatliche Beihilfe mit dem Sitz in Essen darstellt. Gedacht ist verstreut über den ganzen Kohlenbezirk Bergarbeiterkolonien zu gründen, um die Arbeiter dauernd an ihre Scholle zu fesseln. Das Reich wird Darlehen und Beihilfen zum Bau von Arbeiterwohnungen gewähren. Die Kosten der neuen Siedlungen übernehmen im übrigen die Provinzen Rheinland und Westfalen nach den Grundflächen, wie sie beim Zweckverband Grob-Berlin üblich waren.

Regierung und Gastwirtschaftsgewerbe.

In einer Besprechung des Ernährungswirtschafts Schmitt und des Unterstaatssekretärs Peters mit dem Zentralvorstand des Gastwirtsverbandes empfahl der Minister eine Vereinfachung der Speisekarte im Interesse des Volksgenossen. Nur wenn die Gastwirte ernstlich versuchen würden, sich den allgemeinen Verhältnissen anzupassen, könne das Reichswirtschaftsministerium daran denken, dem Gastwirtschaftsgewerbe entgegenzukommen. Er wolle jedoch sofort mit den zuständigen Stellen in neue Beratungen eintreten, wie dem Gewerbe durch höhere Zuweisungen von Fett und anderen Lebensmitteln geholfen werden könne. Er wolle ferner veranlassen, daß überall, wo die Ortsbehörden die Gastwirte bisher nicht beistritten, dies nunmehr geschehe. In eine Änderung der Schleichhandelsverordnung könne er nicht einwilligen, da das ganz außerhalb seiner Macht liege, denn die Schleichhandelsverordnung sei durch den Ausschuss der Nationalversammlung geschaffen.

Verbreitung törichter Gerüchte.

In letzter Zeit mehren sich die Gerüchte, die von einer Einstellung der Zahlungen des Reiches wissen wollen. Den zuständigen Stellen wird dagegen mit allem Nachdruck betont, daß alle Gerüchte von einer Einstellung des Zinsendienstes der Reichs- und Kriegsanleihen sowie der bundesstaatlichen Anleihen völlig aus der Luft gegriffen sind. Es hat den Anschein, daß die Unabhängigen, nachdem ihre letzte Streichung schlaggeschlagen ist, nun diesen neuen Weg beschreiten, um Unruhe in das Volk zu tragen, aus der sie Ruhe für ihre Forderungen ziehen wollen.

Die Auslieferungsliste.

Paris, 31. Jan. (WLB.) Havas. Nach dem „Echo de Paris“ umfaßt die Liste der Schuldigen 800 Namen, unter denen folgende bekannteren Persönlichkeiten hervorgehoben seien: Prinz Rupprecht von Bayern (wegen Deportationen aus Nordfrankreich), Herzog Albrecht von Württemberg, Oberbefehlshaber der vierten Armee (wegen Mosla-

und Gesellschaften zu besuchen, was sie damals häufig
(Fortsetzung folgt.)

Mitwirkung für den Erfolg immer entscheidend war, sich für die Werbestellung nachdrücklich einsetzen. Das Reichsgesundheitsamt hat wieder wie im Vorjahre eine auf Grund neueren Materials bearbeitete Flugschrift dem Verein zu Werbezwecken zur Verfügung gestellt. Die Ausendung der Rinder soll etwa im Mai erfolgen und der Landausentwurf wie bisher möglichst zwei bis drei Monate dauern. (M.B.)

Lokaler und vermischter Teil.

Limburg, 3. Februar 1920.

Friedenslänge des Posthorns.

Bei der Fülle der trüben und bedrohlichen Nachrichten, durch die wir seit dem „Ausbruch des Friedens“ den deutschen Lesern tagtäglich das Herz schwer machen mußten, ist es ein Lichtblick, endlich einmal eine frohe Botschaft mitteilen zu dürfen, die wirklich eine Raststätte zu Friedenszuständen andeutet. Die Franzosen haben endlich und der Post den direkten Weg in und durch das besetzte Gebiet freigegeben. Für die an der Grenze dieses Gebiets gelegenen Städte, wie Limburg, bedeutet das eine sehr fühlbare Verkehrsverbesserung. Wir haben vom 2. Februar ab wieder täglich zwei direkte Postzüge von und nach Wiesbaden über Langenscheidt (hier an 8,40 vorm. und 4,45 nachm.) und einen direkten Postzug von und nach Wiesbaden über Langenscheidt (hier an 2,18 Uhr nachm., hier ab 4,50 nachmittags), ferner einen Postzug nach und von Koblenz (hier an 7,21 nachm., hier ab 1,10 nachm.). Die Briefe, Zeitungen usw. nach und von Frankfurt brauchen jetzt also nicht mehr über Gießen, nach und von Diez, Nassau, Ems usw. nicht mehr über Gießen-Mainz (Zentur) Niederlahnstein zu laufen. Auch die Pakete reisen nicht mehr in Güterwagen auf großen Umwegen, sondern in den Postwagen direkt zwischen hier und Frankfurt usw. Diese Verbesserungen der Postverbindungen haben es auch ermöglicht, vom 3. Februar ab wieder eine dritte werktägliche Briefbeförderung hier einzuführen, was bisher nicht möglich war, weil nur morgens nach 8 Uhr und mittags nach 12 Uhr Postzüge gingen. Die Briefbestellungen beginnen jetzt: 1. um 7,30 vorm. (mit Post vom Abend vorher von Frankfurt, Wiesbaden, Koblenz und vom Westerwald), 2. um 10,30 vorm. (mit Post von den Frühzügen von Gießen, Frankfurt und Siegbahn), 3. um 3,30 nachm. (mit Post von den Mittagszügen von Gießen, Wiesbaden und Westerwald). Wegen des veränderten Zugabganges sind auch die Lieferungen der Stadtbriefkästen vermehrt und verlegt worden: werktäglich auf die Zeiten: 8,30, 10,30 vormittags, und 2,30, 5,00, 9,00 Uhr nachmittags, Sonntags nur eine Lieferung um 6 Uhr. Geldbestellungen finden werktäglich um 8 Uhr vorm. und 2 Uhr nachm., Paketbestellungen nach wie vor nur einmal werktäglich um 8 Uhr vorm. statt. Die Telegraphen- und Fernsprechanlagen im besetzten Gebiet, die bisher an der Grenze abgeschnitten waren, sind bzw. werden jetzt wieder hergestellt, die Telegraphen- und Gespräche fließen bereits hinüber und herüber in altgewohnten Bahnen, hat die Umwege über die Zentur in Wiesbaden usw. nehmen zu müssen. Über 13 Monate war Limburg abgeschnitten vom direkten Verkehr mit den nächst benachbarten Gegenden im Westen, Südwesten und Nordwesten, jetzt endlich ist diese Schranke gefallen. Freuen wir uns dieser guten Botschaft, mögen ihr nun bald und recht oft weitere auch auf anderen Lebensgebieten folgen.

Vom Postverkehr mit dem besetzten Gebiet. Nach dem französischen besetzten Gebiet sind von jetzt ab Postnachrichten und Postaufträge auch über mehr als 100 km zugelassen. Ferner können aus dem französischen besetzten Gebiet Briefe und Pakete mit Wertangabe sowie Postanweisungen bis zu dem im unbesetzten Deutschland zugelassenen Höchstbetrag ohne Begründung der Zahlung werden.

Ihren goldenen Hochzeitstag konnten am gestrigen Montag die Eheleute Lokomotivführer a. D. Josef Schäfer und Emma geb. Hellweiler begehen.

Eisenbahn-Arbeitskräfte zur Kr. d. e. i. s. Eine besondere Erleichterung hat der Minister der Eisenbahnangelegenheiten und Arbeitern verschafft durch die Anordnung, daß diejenigen, welche wegen Wohnungsmangels nicht am Dienstort wohnen können und seit der Eisenbahnangelegenheiten bis zur Arbeitsstelle benachteiligt, für die Zeit vom 1. Februar 1920 bis 31. März 1921 freifahrtberechtigt erhalten. Die Entfernung vom Wohnort zum Dienstort soll nicht mehr als 30 Kilometer betragen. Für Limburg kommt diese Vergünstigung wohl mehr als 2000 Eisenbahnern, die auswärts wohnen, zugute.

Veränderung im Personenverkehr. Von Montag, den 2. Februar ab werden die vorübergehend aufgehobenen Personenzüge 3983 (W.) und 3984 (W.) zwischen Limburg-Altenkirchen und 3560, 3561, 3562 und 3569 zwischen Erbach und Marienberg-Langenbach bzw. Fehlbahnhausen wieder eingelegt und wie folgt werktäglich gefahren: Personenzug 3983 wird 5 Minuten später gelegt. Limburg ab 9,43 Uhr vorm., Westerburg ab 11,05, Westerburg ab 11,08, Altenkirchen ab 12,26. Personenzug 3984 verkehrt 5 Min. später. Altenkirchen ab 11,24 Uhr vorm., Hachenburg ab 11,56, Hachenburg ab 11,59, Westerburg ab 12,55, Westerburg ab 1,01, Limburg an 2,03. Personenzug 3560 Marienberg-Langenbach ab 11,11 Uhr vorm., Erbach an 11,24. Personenzug 3561 Erbach ab 12,26, Marienberg-Langenbach an 12,40, Fehlbahnhausen ab 6,03 abends, Marienberg-Langenbach an 6,17 abends. Personenzug 3569 Erbach ab 8,05 Uhr abends, Marienberg-Langenbach an 8,19 Uhr abends.

Die freie Schuhmacher-Innung in Kr. Limburg hielt am 29. Januar eine stark besuchte Versammlung ab. Nachdem der Obermeister die anwesenden Mitglieder begrüßt hatte, erfolgte der Jahres- und Kassendbericht. Nach diesem bildete die Innung auf ein Jahr ihres Bestehens zurück und hat eine sehr erfreuliche Entwicklung genommen. Nach der Kassenabrechnung ergab einen günstigen Abschluß. Nach Erledigung der Erklärungen anstelle der ausstehenden Vorstandsmitglieder erfolgte durch den Obermeister ein Referat über Preissteigerungen auf dem Ledermarkt. Er führte aus, daß wir nach Freigabe des Leders mit Preissteigerungen rechnen müssen, aber niemals mit einer derartig hohen wie der jetzigen. Während Anfang Dezember 70 Mark pro Rilo Sohlleder bezahlt wurden und wir nun kosten, den höchsten Stand erreicht zu haben, wurden jetzt bis 102 Mark pro Rilo bezahlt. Auch in Oberleder und Schäften ist die Preissteigerung sehr. Da Sohlleder genügend vorhanden ist, so sind die Preise hauptsächlich auf den höchsten Stand der Salza und die hohen Preise auf dem Rohhautmarkt zurückzuführen. Die Rückwirkung auf unsere Geschäfte ist eine sehr ungünstige, denn bei genauerer Berechnung stellen sich die Preise für unsere Arbeiter so hoch, daß die Kundenschaft auf größte Sparsamkeit angewiesen ist. Nach

dem Referat entwickelte sich eine rege Aussprache der Mitglieder, worauf der Obermeister die Versammlung schloß mit der Mahnung weiter zu arbeiten und zu werden im Sinne wahrer christlicher Kollegialität in unserem Handwerk.

Preussisch-Sächsisch-Klassenlotterie. Die Erneuerung der Lose zur 2. Klasse 15. (241.) Lotterie muß unter Vorlage oder Einlieferung der Lose 1. Klasse bei Verlust des Anrechtes spätestens bis Freitag, den 6. d. Mts., abends 6 Uhr erfolgen. Auch müssen die Freilose zur 2. Klasse unter Rückgabe der Gewinnlose 1. Klasse bis zum vorerwähnten Termine eingeleistet sein.

Ueber die Ursachen der Hochwasserkatastrophe teilt uns der Weiburger Wetterdienst folgendes mit: Nach den niederschlagsreichen Tagen des letzten Dezemberrittels trat zu Anfang Januar 1920 trockenes Wetter ein, das — abgesehen von einzelnen geringen Niederschlägen — bis zum 8. 1. anhielt. Infolgedessen bildete sich nirgends eine flüchtige Schneedecke aus. Der Wasserstand sank seit dem 31. 12. ständig. Während dieser Zeit herrschte in den Tälern leichter bis mäßiger, auf den Höhen etwas stärkerer Frost. Am 8. Januar brach der erste kräftige Tiefdruckwirbel aus Westeuropa herein, dem dann immer weitere folgten. Seine Ausläufer brachten uns schon am 8. Januar Niederschläge (in den Tälern Regen, auf den Bergen Schnee), die stellenweise schon recht ergiebig waren. Auf den Bergen hielt zunächst noch leichter Frost an. Der hohe Westerwald hatte am 9. Januar 10 cm Schneedecke. Am 9. sank die Luftwärme auf der Rückseite des ersten Wirbels etwas, so daß auch in den Tälern die Niederschläge meist aus Schnee bestanden. Der hohe Westerwald hatte am 10. Januar 12 cm Schneedecke, während in den Tälern eine Schneedecke von nur einigen Zentimetern lag, zu der im Laufe des Vormittags noch einige Zentimeter kamen. Gegen Mittag setzten dann überall plötzlich kräftige milde Winde ein, die im Verein mit starken Regenfällen die Schneedecke immer schneller ablaufen ließen, als der Boden — besonders auf den Bergen — noch gefroren war. Vom 11. bis zum 13. dauerten die kräftigen Regenfälle bei milden Winden fort. Die Regenfälle von Luftwärme und Niederschlägen entsprechend war der stärkste Anstieg des Wasserstandes vom 10. bis 12. Januar (in Weiburg über 4 Meter). Die Bahn stieg in Weiburg noch bis zum 13. mittags. Im Laufe des 13. sank die Luftwärme wieder, so daß in der Nacht zum 14. auf den Bergen schon wieder leichter Frost einsetzte und die Niederschläge dort wieder in Schnee übergingen. Der hohe Westerwald hatte am 14. morgens wieder 13 Zentimeter Schneedecke. Diese Niederschläge von den Bergen flossen daher der Bahn zunächst nicht zu, so daß diese zum 13. ab fiel. Die Niederschläge ließen im Laufe des 14. Januar bedeutend an Stärke nach und es fielen von da an bis zum 18. keine stärkeren mehr. Am 15. Januar hatte der hohe Westerwald 22 Zentimeter Schneedecke, die bis zum 18. allmählich wegtaut, also zum großen Teil in die Erde sickerte. Die Bahn fiel immer weiter.

Wahlen, 2. Febr. Am 31. Januar abends hatten wir nach langen Jahren wieder einmal die Freude, Herrn Kreisobstbaulehrer Deuser-Limburg in unserer Mitte zu sehen und seinem annähernd einstündigen Vortrage über Bienenobstbau zu lauschen. In klarer und zielbewusster Weise verband Herr Deuser seine Zuhörer zu fesseln, und mit gespanntester Aufmerksamkeit folgten alle seinen interessanten Ausführungen. Nachdem Herr Bürgermeister Stein Herrn Deuser für seine Mühewaltung den gebührenden Dank ausgesprochen hatte, entspann sich eine lebhafte Aussprache über das Gehörte, welches zur Freude erkennen ließ, daß Herrn Deusers Worte auf fruchtbaren Boden gefallen waren und daß bei unserer Bevölkerung volles Verständnis für eine Verbesserung des Obst- und Gartenbaues vorhanden ist. Zum Schluß wurde zur Gründung eines Obst- und Gartenbauvereins geschritten, zu welchem sämtliche anwesenden Gartenbesitzer ihren Beitritt erklärten.

Gesellschaft, 2. Febr. Eine besondere Ehre wurde dem Landwirt Wilhelm Ochs von dem hiesigen Männergesangsverein erwiesen. Herr Ochs, der beinahe 30 Jahre aktives Vereinsmitglied ist, und sich dem Verein ganz besonders verdient gemacht hat, wurde zum Ehrenmitglied ernannt und mit einer Ehrenurkunde ausgezeichnet. Diese wurde dem Jubilar mit einem Säckchen verbunden überbracht. Herr Lehrer Müller, Dirigent des Vereins, hielt eine wohl-durchdachte Ansprache, worin Herr Ochs mit einer schönen Erwiderung dankte. Bei einem Schoppen wurde sodann noch eine Nachfeier gehalten. — Am 15. Februar wird der Männer-Gesangsverein Hahnstätten mit einem Konzert in der hiesigen Turnhalle vor die Öffentlichkeit treten. Mit einer Auswahl besonders schöner Chöre und Darbietung eines Theaterstücks wird der Verein, so wie früher, wieder versuchen, sein Bestes zu bieten.

24. Aus dem Unterlahnkreis, 3. Febr. Die Kreis-tagswahlen für unseren Kreis fanden am Sonntag, den 1. Februar unter durchschnittlich reger Beteiligung statt. Im Wahlbezirk A (unbesetztes Gebiet) waren drei Wahlvorschläge eingegangen, die Liste Haßelbach (Kreislauernschaft), Liste Mohr (Demokrat) und Liste Siegel (Sozialdemokrat). Bis jetzt wurden folgende Ergebnisse festgestellt:

Hasselbach (Bauer)	Mohr (Dem.)	Siegel (Soz.)
18	74	130
96	24	118
147	61	212
62	28	122
116	—	103
148	1	122
59	1	61
78	—	26

Der Wahlbezirk A stellt 3 Siege. Es fehlen noch die Ergebnisse vom Gindrich.

Seit dem 31. Jan. (Tag d. g. l. d.) Anlässlich einer Jagd auf Saken hatte der Forstschütze Willi Hofmann von Hachenburg das gewöhnliche Jagdgeld, einen kaputten Otter zu erlegen. Der Otter hatte die ansehnliche Länge von 110 Zentimeter (einschließlich Rute).

Main, 1. Febr. (M.B.) Die für heute im besetzten Gebiet vorgesehene Raststätte zur mitteleuropäischen Zeit ist nicht einmal im bürgerlichen Leben einheitlich durchgeführt worden. Die Raststätte zur mitteleuropäischen Zeit auch im Eisenbahnbetrieb soll mit Einführung der mitteleuropäischen Sommerzeit (jetzigen mitteleuropäischen Zeit) in Kraft treten. Auf Anordnung der britischen Behörden bleibt es im Bereich der britischen Besatzungsarmee bei der mitteleuropäischen Zeit.

Reich, 1. Febr. 25 000 Mark Belohnung für eine Vorzeichenadel. Eine ungewöhnliche wertvolle Vorzeichenadel ist auf ungeläuter Weise aus einem Schlafzimmer eines hiesigen großen Hotels verschwunden. Sie besteht aus einer weißen birnenförmigen Perle, die in Platin gefasst ist und ist 120 000 Mark wert. Die Adeln befand sich mit 3—4000 Mark in deutschem Gelde zusammen in einer Brieftasche aus dunkelrotem Leder. Auf ihre Wiederbeschaffung hat der Bestohlene eine Belohnung von 25 000 Mark ausgesetzt.

Die „Reichsschule“. Die hohen Preise für Schuhe beruhen auf den übermäßigen Preisen für fertiges Leder seit der Aufhebung der Zwangswirtschaft. Der Preis des Leders für ein Paar Herrenstiefel beträgt jetzt 172,30 Mark. Mit dem Aufwand für Kleinfabrikanten, Arbeitslohn, dem Unternehmergewinn nebst Unkosten, die heute mit 11 Prozent angegeben werden, ist der Stiefel von der Fabrik nicht unter durchschnittlich 220 Mark abzugeben. Dazu kommt der Zuschlag des Groß- und Kleinhändlers. Die Reichsschuhfabrikation G. m. b. H., deren Gesellschafter das Deutsche Reich und die Großstädte Berlin, Dresden, München, Stuttgart und Breslau sind, erhält die verhältnismäßig nicht großen Lederbestände der Deutschen Leder-Fabrikation und ist in der Lage, Herrenstiefel zu 70 Mark, Damen- und Anabenstiefel zu 60 Mark, Mädchenstiefel zu 45 Mark, Kinderstiefel zu 35 und 25 Mark abzugeben. Die Schuhe erhalten Kontrollnummern, Kleinverkaufspreise und einen Stempel „Reichsschuh“. — Die Frage ist nur: „Wo bekommt man solche Schuhe zu kaufen?“

Der Goldmünzenauflauf. Mithalten im Reich blüht in den letzten Tagen der Goldankauf durch Privatpersonen, die bis zu 420 Mark für ein 20-Markstück zahlen. Nach dem Ausführungsgebot zum Friedensvertrage vom 31. August 1919 wird nach § 24 Ziffer 8 derjenige bestraft, der vor dem 1. Mai 1921 ohne Genehmigung des Reichswirtschaftsministers über Gold verfügt. Dadurch machen sich nicht nur die Goldhändler strafbar, sondern diejenigen, die dieses Geld verkaufen. Die Goldaufkäufe werden offensichtlich zur Verschönerung des Edelmetalls ins Ausland geführt. Daß der Goldschmuggel bereits in Blüte steht, beweist die erfolgte Beschlagnahme eines Goldschmugglers in Höhe von einer Million Mark, die am Donnerstag vormittag im Danzig-Berliner Zug erfolgte. Mehrere Kriminalbeamten der Grenzpolizei gelang die Festnahme eines Mannes, der sein wertvolles Gut offenbar über die russische Grenze bringen wollte. Er wurde als spionageverdächtig verhaftet. — Gegen den Handel mit Silbermünzen gibt es vorläufig keine gesetzliche Handhabe.

Vom Büchertisch.

Das Jochen von der Nationalversammlung angenommene Betriebsratgesetz liegt in einer Textausgabe vor, die zum Preise von 1,50 Mark in Karl Heymanns Verlag, Berlin W. 8, Mauerstraße 43/44 erschienen ist.

Amthlicher Teil.

(Nr. 25 vom 3. Februar 1920.)

Diejenigen Herren Bürgermeister der Landgemeinden des Kreises, welche mit der Erledigung meiner Verfügung vom 12. Dezember 1919, Kreisblatt Nr. 290, betreffend Einsetzung der Voranschläge für das Rechnungsjahr 1920, noch im Rückstande sind, werden an umgehende Einsetzung erinnert. Limburg, den 31. Januar 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

An die Herren Bürgermeister des Kreises. In der Woche vom 1. bis 7. Februar 1920 kommen im Kreise auf den Kopf der versorgungsberechtigten Bevölkerung 125 Gramm Margarine zur Verteilung. Die Abholung geschieht wie bisher bei der Firma Heinrich Trombetta hier. Limburg, den 2. Februar 1920. R. F. Der Vorsitzende der Kreisfettstelle.

An die Herren Bürgermeister der Landgemeinden des Kreises. Bevor Sie die öffentlichen Blätter einbinden lassen, wollen Sie ihre Vollständigkeit prüfen und die etwa fehlenden Blätter schleunigst beschaffen. Für die Vollständigkeit der Blätter sind Sie verantwortlich.

Bei dem Reichs-Gesetzblatt, der Gesammmlung und dem Reg.-Amtsbl. darf das Register nicht fehlen; für letzteres Blatt ist das Register bei der Post besonders zu bestellen u. zu bezahlen. Nach Anzeige der Amtsblattredaktion hat eine große Zahl von Gemeinden das alphabetische Sach- und Namenregister zum Regierungsamtsschreiben seither aber nicht bezogen. Da das Fehlen des Inhaltsverzeichnis das Auffinden von Bestimmungen pp. erheblich erschwert und so die praktische Benutzbarkeit des Amtsblattes beeinträchtigt, ist die Beschaffung des Sachregisters jedoch unbedingt erforderlich.

Stände der von ihnen zu haltenden, an bestimmten Tagen erscheinenden Blätter sind, sobald sie ausbleiben, sofort bei der Post einzufordern, während die Reklamationen wegen der in nicht regelmäßigen Fristen herauskommenen Blätter längstens bis zum Eintreffen der nächsten Nummer zu erfolgen haben.

Bis zum 1. März 1920 erwarte ich Anzeige, daß die öffentlichen Blätter vollständig und mit Sachregister versehen sind.

Limburg, den 28. Januar 1920.

Der Landrat.

(Schluß des amtlichen Teils.)

Karl Kessler, Samenhandlung, Limburg (Lahn)

Gartensamereien

in bekannter guter Qualität eingetroffen. 4/16

Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Ein Waggon Gyss

eingetroffen. 13/25

J. Arnet Nachf.

(Inh. Max Büdel.)

Salzgasse 8.

Telefon 211.

Allen Freunden und Bekannten für den herzlichen Empfang u. die Blumenspenden anlässlich meiner Rückkehr aus französ. Gefangenschaft, auf diesem Wege herzlichen Dank.

Isi Schaumburger.

Bekanntmachungen und Anzeigen der Stadt Limburg.

Kohlenversorgung.

Für die Handwerker werden für Heizung ihrer Werkstätten nochmals Braunkohlen abgegeben, und zwar am **Dienstag den 3. d. Mts.** von 8—12 und von 1—5 Uhr sowie am **Freitag** vormittag im Hofe des Rathauses. Anmeldung und Zahlung vorher auf Zimmer 4.

Limburg, den 2. Februar 1920.
18(25) Die Ortskohlenstelle.

Fund bei der Polizei anmelden.

Mehrfach wird bei der Polizeiverwaltung das Verlieren von Gegenständen, welche einen mehr oder weniger großen Wert haben, angemeldet, ohne, daß der zweifellos erfolgte Fund der verlorenen Gegenstände angezeigt wird. Es wird daher hiermit ausdrücklich auf die Bestimmung des § 365 Abs. 2 des bürgerlichen Gesetzbuchs hingewiesen, wonach bei jedem Funde von Gegenständen im Werte von mehr als drei Mark der Finder, falls er den Eigentümer nicht kennt, verpflichtet ist, den Fund unverzüglich der Polizeibehörde anzuzeigen. Die Verwahrung des unbekannten Eigentums genügt also nicht, denn bei Nichtanmeldung des Fundes ist es dem Eigentümer sehr erschwert, wieder zu seiner Sache zu kommen.

Die sofortige Anzeige bei der Polizeiverwaltung ist sowohl durch die Rechtspflicht wie auch durch das Rechtsgefühl erforderlich.

Außerdem setzt sich derjenige, welcher einen Fund verheimlicht, dem Verdacht der strafrechtlich zu verfolgenden Unterschlagung (Fundunterschlagung) aus.

Limburg (Lahn), den 30. Januar 1920.

Die Polizeiverwaltung.

Schäfer,

unverheiratet, nicht zu jung, sofort gesucht. 7(25)

Gemeinde Dauborn.

Rundenmühle

zu kaufen oder zu pachten gesucht. Würde auch eine stillstehende Mühle übernehmen. 3(25)

Näheres in der Expd. d. Bl.

Hiermit wird bekanntgegeben, daß die **Bergbau-Gesellschaft m. b. H. in Limburg a. d. Lahn** in Liquidation getreten ist. Die Gläubiger der Gesellschaft werden aufgefordert, ihre Ansprüche und Forderungen ehestens bei ihr anzumelden.

Bergbau-Gesellschaft m. b. H., Limburg-Lahn in Liquidation.

Dr. G. Albert. O. B. J. J. J.

Für Knochen, Lumpen, altes Eisen, Metalle etc.

zähle stets die höchsten Preise.

Johann Köster, Althändler.

Limburg, Römer 1. 14(25)



Von Mittwoch vormittag den 4. Februar ab steht ein Transport

Hannoveraner Ferkel und Läufer Schweine

in meinen Stallungen zum Verkauf. 14(24)

Theodor Hensler, Viehhändler Stefandshölz.

Postkarten werden sauber angefertigt in der Druckerei des Kreisbattles.

Todes-Anzeige.

Heute nacht entschlief nach langem schwerem Leiden meine liebe Frau, unsere herzensgute, treubesorgte Mutter, Schwiegermutter, Grossmutter. Tante und Schwägerin

Frau Wilhelmine Wolf

geb. Remy

im Alter von 64 Jahren.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen:

Karl Wolf, Packmeister a. D.
Adolf Wolf
Willi Wolf
Heinrich Wolf
Karoline Stephan geb. Wolf
Karl Wolf
Fritz Wolf.

Staffel, Marienberg, Giessen, Mogendorf, 2. Februar 1920.

Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittag 3 1/2 Uhr vom Sterbehause aus statt. 5(25)

Ia. Rosshaarbesen, Cocosbesen, Strassenbesen, Handfeger sowie sämtliche Bürstenwaren

in Ia. Friedensqualität empfiehlt 11(25)

J. Arnet Nachf.,

Salzgasse 8. (Inh.: Max Büdel). Telefon 211.

Sämtliche Bürstenwaren

in Ia. Friedensqualität, sowie

Kokosbesen, Kokosmatten, Rosshaarbesen, Handfeger, Ia. Scheuertücher, Fensterleder, Raffiabast billigt

en gros J. Schupp, Seilerei. en detail

Limburg, Frankfurterstr. 15.

— Fernruf 277. — 7(2)

APOLLO-THEATER.

Von Mittwoch, d. 4. bis Freitag, d. 6. 2. von 6 Uhr

Erblich belastet.

15(25) Drama in 4 Teilen mit Ada von Ehlers.

Einlage.

Es wird gebeten, das Geld abgezählt bereit zu halten.

Jugendliche unter 17 Jahren haben keinen Zutritt.

Ia. Schreinerleim, Holzbeize in allen Farben, Mattierung, Schellackpolitur Ia. Möbellacke

reine Friedensware 12(25)

sämtl. Farbwaren und Pinsel

empfehlen das Farbengeschäft

J. Arnet Nachf.

(Inh. Max Büdel)

Salzgasse 8.

Telefon 211.

Dienstag den 3. Februar, abends 8 Uhr im Vereinsheim „Deutsches Haus“:

Monatsversammlung.

Regelmäßiges Erscheinen dringend erwünscht.

9(24)

Der Vorstand

Dezimal-Wage,

50 Pfd. wiegend, noch gut erhalten, zu verkaufen. Wo, sagt die Expd.

Für Kranke!

E. Hecher, Homöopath und Magnetopath, Limburg a. L., Dierzerstr. 74. Sprechz. 9—12 und 1—4. Sonntags bis mittags. Bei Anfragen von auswärt. Rückporto. 17(24)

Einige Dreher

sucht Malmimentfabrik Göbel, Ems. 4(25)

Lehrling

aus achtbarer Familie vom Limburg sofort oder Oftern gesucht. 9(25)

W. Siebert, Kornmarkt 6.

Gesucht

Lehrmädchen

mit guter Schulbildung aus achtbarer Familie von 16(25)

Gottfr. Schaefer, Mechaniker, Nähmaschinen- und Fahrradhandlung.

Jüngeres Mädchen tagsüber gesucht. 2(25)

Frau Reinecke, Obere Schiede 4 L.

Wer kann einer Dame noch 2 amerik. Dedon abgeben. Offerte mit Preisangabe unt. Nr. 10(25) an die Expd.

Nie wiederkehrende Gelegenheit

! bietet sich jetzt dem geehrten Publikum

künstl. Zähne, Gebisse

zu verkaufen. Zahle bis Mk. 100.— und mehr. Für Platin per Gramm Mk. 110.—. Brennstifte 30, 40 und 90 Mark und auch mehr.

Nur den 4. Februar im Hotel „Nassauer Hof“ von 9 bis 12 Uhr, 1. Stock ungenierter Eingang. 14(24)



Drahtgeflecht

empfiehlt 6(25)

Jos. Brahm, Eisenhandlung.



Maskenanzüge

leihweise, sowie

sämtliche Karnevalartikel

zu haben bei

Adolf Stein, Limburg

Salzgasse 5, Telefon 347. 10(22)